

Kreis-Dezernent: Weitere Gutachten müssen öffentlich ausgelegt werden

# Wasser-Erlaubnis für K+S verzögert sich

Von Lothar Veit

**Giesen/Landkreis.** Die Fragenkataloge wurden zuletzt immer länger – kann der Landkreis eine zweite Halde beim geplanten Kaliwerk in Giesen verhindern? Wie stellt die Verwaltung sicher, dass die Innerste durch Salzeinleitungen nicht leidet? Und warum will der Landkreis eine wasserrechtliche Erlaubnis erteilen, obwohl er nicht weiß, welches der aktuelle „Stand der Technik“ bei der Entsorgung von Abfällen aus der Kaliproduktion ist?

Die Probleme sind vorerst aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Der zuständige Kreis-Dezer-

nent Helfried Basse gab am Dienstag im Umweltausschuss bekannt, dass weitere Gutachten für den Konzern Kali und Salz erarbeitet worden seien, die dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) als Genehmigungsbehörde vorgelegt wurden. Diese müssten wieder für einen Monat öffentlich ausgelegt werden. Es werde wohl noch bis Ende August dauern, bis alle Unterlagen zusammengestellt seien. Dann müsse der Landkreis erneut Stellung nehmen und vom LBEG werde alles juristisch durchleuchtet, so Basse. Eine Endfassung der wasserrechtlichen Erlaubnis werde es „allerfrühestens Ende des Jahres

geben, wenn nicht später“. Damit sei auch klar, dass der derzeitige Kreistag sich damit nicht mehr befassen werde, betonte der Dezernent. Am 11. September wird bekanntlich neu gewählt.

Der CDU-Abgeordnete Friedhelm Prior hatte eine Petition an den Landtag in der Tasche, Matthias Köhler vom BUND hatte alle Kreistagspolitiker auf die aktuelle EU-Rechtsprechung hingewiesen und die Grüne Nina Lipecki hatte am Vortag der Sitzung zwei Dutzend Fragen an die Verwaltung geschickt (Basse: „Wir haben dafür eine Nachtschicht eingelegt.“ – Lipecki: „Sorry!“). Die Diskussion wird also weitergehen.